

Greifswald diskutiert Antrag auf Gender-Verbot in der Verwaltung

In Greifswald will eine neue konservative Fraktion das Gendern in der Verwaltung verbieten. Ist ein Gender-Verbot im Anmarsch?

Die Debatte um das Gendern in der Verwaltung der Hansestadt Greifswald hat an Brisanz gewonnen, nachdem die neu gegründete Fraktion Christlich Demokratisch-Konservative-IBG-AdbM einen Antrag auf ein Gender-Verbot eingebracht hat. Diese Initiative könnte weitreichende Konsequenzen für die Kommunikation der Stadt und die gesellschaftliche Debatte über gendergerechte Sprache haben.

Der Antrag im Detail

Laut dem Antrag soll die Verwaltung gerecht werden und sicherstellen, dass die schriftliche sowie mündliche Kommunikation der städtischen Einrichtungen den Vorgaben der deutschen Rechtschreibung folgt. Damit soll einer vermeintlichen „Verfremdung der deutschen Sprache“ entgegengewirkt werden. Insbesondere wird auf die Verwendung von Gendersternen, Genderunterstrichen oder -innen verwiesen, die nicht mehr erlaubt sein sollen.

Die gesellschaftliche Relevanz und die Reaktionen

Die Diskussion um gendergerechte Sprache polarisiert und spiegelt ein größeres gesellschaftliches Thema wider. Axel Hochschild, Fraktionschef der konservativen Fraktion, betont,

dass eine Gendersprache „gesamtgemeinschaftlich nicht akzeptiert“ sei und die öffentliche Meinung dem Gendern gegenüber negativ eingestellt sei. Umfragen zeigen, dass eine Mehrheit der Bürger gegen die Verwendung von gendergerechter Sprache in offiziellen Dokumenten ist.

Vergleich mit Stralsund

Hochschild verweist auf Stralsund, wo ein ähnlicher Vorschlag bereits 2023 beschlossen wurde, der zu einem Ende des Genderns geführt hat. Dieser Vergleich verdeutlicht sowohl regionale Unterschiede als auch die Bewegung in der Politik, die sich gegen gendergerechte Sprache stellt. In Greifswald ist es mittlerweile zur Praxis geworden, gendergerecht zu kommunizieren, was bei Hochschild auf Ablehnung stößt.

Zukünftige Entwicklungen und politische Landschaft

Die Greifswalder Bürgerschaft wird den Antrag in der kommenden Sitzung, die aufgrund der Sommerpause erst Ende September stattfindet, diskutieren. Hochschild ist optimistisch, dass die konservativen Kräfte eine Mehrheit erreichen können. Dabei bleibt unklar, ob er die Unterstützung der AfD in Betracht zieht. Die politische Landschaft hat sich nach den Kommunalwahlen verändert, und die rot-rot-grüne Mehrheit aus der vorherigen Legislaturperiode ist nicht mehr existent, was die Möglichkeit einer anderen politischen Richtung erhöht.

Schlussfolgerung

Die Diskussion um die gendergerechte Sprache in Greifswald ist nicht nur eine lokale Debatte, sondern ein Zeichen für einen gesellschaftlichen Wandel, der in vielen Städten Deutschlands zu beobachten ist. Es bleibt abzuwarten, wie sich die politische Situation in Greifswald entwickeln wird und welche Auswirkungen dies auf die Kommunikation in der Stadt haben

wird.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de